

# AGS: NACHRICHTEN

INFORMATIONSDIENST DER ARBEITSGEMEINSCHAFT SELBSTÄNDIGE IN NORDRHEIN-WESTFALEN

Herausgeber: Landesvorstand der AGSNRW

[www.ags-in-nrw.de](http://www.ags-in-nrw.de)

Ausgabe **Januar 2009**

seite 1



Vorläufige neue Adresse

## Liebe Genossinnen und Genossen der AGSNRW, sehr geehrte Leserinnen und Leser,

**zum Ausklang des Jahres möchte ich Dank sagen. Dank an Gerd Teulings, der als Vorsitzender die AGSNRW mit neuen Impulsen vorwärts gebracht hat. Dank an Michael Henke, der unermüdlich die Tastaturen seiner PCs bearbeitet hat. Dank an alle, die Freizeit geopfert haben, um in der AGS mitzuwirken.**

Der Jahreswechsel ist aber auch die richtige Zeit, Bilanz zu ziehen für unsere AGS-Arbeit in NRW. Ein jeder von uns mag sich dabei fragen, was er persönlich konkret und engagiert im letzten Jahr zur Positionierung der sozialdemokratischen Mittelstandspolitik in unserem Land beigetragen hat. Ich bin sicher: Viele werden auf wichtige Gespräche verweisen können, die sie geführt haben, auf wichtige Initiativen und Aktionen, zu denen sie beigetragen haben. Gleichwohl sind wir alle weiter aufgerufen, noch mehr als bisher zu tun, uns noch intensiver einzuklinken in die Mittelstandspolitik unserer NRWSPD.

Auf Landesebene hat die AGS viel erreicht: Die Kontakte mit der Landtagsfraktion wurden intensiviert, die Verbindungen zur Landespartei enger geknüpft. Unser Binnen- und Außenimage als Träger der Mittelstandspolitik in der SPD wurde

wesentlich verbessert, unsere Informations- und Kommunikationsarbeit wurde erheblich ausgebaut. Deutlich mehr als bisher sind wir durch neue AGS-Vertretungen fast überall im Land präsent. Zudem wurden die Kontakte untereinander intensiviert und ausgebaut. Wir sind also auf einem guten Weg, den wir konsequent weiter fortsetzen müssen. Das geht nur mit Euch, die ihr Euch der Mittelstandspolitik der SPD verbunden fühlt. Macht also weiter, noch aktiver, noch engagierter als bisher.

Die Sacharbeit zu wirtschaftspolitischen Themen gilt es zu verbessern. Dazu müssen wir uns in 2009 mehr Zeit nehmen. Ich hoffe, das wir uns weniger mit uns selbst beschäftigen müssen. Das neue Jahr fordert uns besonders, da wir zusammen mit der Partei anstehende Wahlen gewinnen wollen. Wir stehen als AGSler und Sozialdemokraten für eine mittelstandsfreundliche Politik. So, wie Leistung sich lohnen muss, so steht die AGS aber auch für soziale Gerechtigkeit.

Um beides zu erreichen, muss die SPD gestaltende Kraft werden: In den Kommunen wie in Europa, im Bund und 2010 erst recht in unserem Land NRW. Was die AGSNRW dazu beitragen kann, wird sie mit Eurer Hilfe tun.



In diesem Sinne ein erfolgreiches Neues Jahr und Euch und Euren Familien Gesundheit,  
Euer

**André Brümmer**

Stellvertretender AGS-Landesvorsitzender NRW



## VORSTANDSSITZUNG DER AGSNRW IN COESFELD LANDESVORSTAND ZU BESUCH IM BIOLADEN DER FIRMA WEILING

**Auf Einladung von André Stinka, MdL und Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Coesfeld, tagte der AGSNRW-Landesvorstand im „Bioladen“ der Firma Weiling in Coesfeld.**

Die Vertreter der AGS wurden von Geschäftsführer Dr. Peter Meyer durch das Unternehmen geführt, das mit seinen derzeit 390 Mitarbeitern auf einen Jahresumsatz von nahezu 100 Mio. Euro zusteuert. Weiling, so Dr. Peter Meyer in seinen Erläuterungen, ist für über 600 zufriedene Kunden der zuverlässige Großhändler für frisches Bio-Obst und -Gemüse, Bio-Käse, Bio-Fleisch, vielfältige Bio-Weine, Molke-Produkte, ein umfangreiches Trockensortiment sowie Naturkosmetik. Weiling bietet insgesamt ein Vollsortiment von 12.000 Artikeln bester ökologischer Qualität. Mehr als 99,5 % der Lebensmittel stammen – so der Geschäftsführer – aus kontrolliert-biologischer Erzeugung.



*Zu Besuch bei der Firma Weiling in Coesfeld: Der Landesvorstand der AGSNRW, der von MdL André Stinka, SPD-Chef im Unterbezirk, eingeladen worden war.*

Weiling konzentriert sich bewusst auf den biologischen Fachhandel und beliefert ausschließlich Bioläden, Biohfläden, Superbiomärkte und biologische Marktstände. Das Unternehmen sei kein Franchise-System und kein Filialist, „sondern verlässlicher Partner eigenständiger Unternehmerinnen und Unternehmer des wirtschaftlich tätigen Mittelstandes“, betonte Dr. Peter Meyer gegenüber dem Landesvorstand der SPD-Selbständigen. <

## MDL ANDRÉ STINKA BEIM AGS-LANDESVORSTAND KLIMASCHUTZ UND ENERGIEEFFIZIENZ SCHAFFEN ARBEITSPLÄTZE



**André Stinka, MdL und Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Coesfeld**

**Die Senkung der Energiekosten, die Steigerung der Energieeffizienz und der verstärkte Einsatz erneuerbarer Energien sind für den wirtschaftlich tätigen Mittelstand der beste Jobmotor.**

Diese Auffassung hat André Stinka, MdL und Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Coesfeld, in einem Referat vor dem Landesvorstand der SPD-Arbeitsgemeinschaft Selbständige (AGS) vertreten, der seine turnusgemäße Sitzung im „Bioladen“ der Firma Weiling in Coesfeld durchführte. Stinka, der auch der Enquetekommission des Landtags angehört, die sich mit den Auswirkungen stark steigender Preise von Öl- und Gasimporten befasst, verwies darauf, dass sich die Zahl der Beschäftigten im Bereich der erneuerbaren Energien von 2004 bis 2007 allein um nahezu 100.000 erhöht hat. Gerade der innovative wirtschaftliche Mittelstand profitiere davon, wenn nach einer Studie des Bundesumweltministeriums bis 2020 rund 130 Mrd. Euro in erneuerbare Energien fließen werden.

Stinka: „Klimaschutz ist eine große Chance für die mittelständische Wirtschaft“. Durch Energieeinsparungen könne man die Kosten senken und zudem sei insbesondere der Mittelstand in NRW prädestiniert dazu, mit neuen, innovativen Produkten vom Klimaschutz zu profitieren. Der SPD-Landtagsabgeordnete kritisierte in diesem Zusammenhang die schwarz-gelbe Landesregierung, die in ihrer Förderpolitik diesen Bereich als „Öko-Kram“ diskreditiere, in ihrer Förderpolitik den Mittelstand konsequent vergesse und zu häufig für Großunternehmen und die Energiewirtschaft entscheide.

Die AGSNRW wird die Frage der Entwicklung neuer Energieformen und mittelstandsfreundlicher Konzepte zu einem Schwerpunktthema des kommenden Jahres machen, wie der AGS-Landesvorsitzende Gerhard Teulings ankündigte. Für die SPD-Selbständigen sei Klimaschutz kein Arbeitsplatzkiller, wie es kürzlich die Bundeskanzlerin befürchtet hatte, son-

dern der sorgsame Umgang mit der Umwelt sei im Gegensatz zur weit verbreiteten Meinung in CDU-Kreisen tatsächlich der Arbeitsplatzbeschaffer der Zukunft. <

## AGS IM ENNEPE-RUHR-KREIS JUBILÄUM AM 13.02.2009

**Am Freitag, 13. Februar 2009, 19.30 Uhr, feiert die AGS Ennepe-Ruhr auf Schloss Steinhausen in Witten ihr einjähriges Bestehen.**

Befreundete AGSler aus der Region sind herzlich eingeladen, sich dazu am Gründungsort mit den AGSlern aus dem Ennepe-Ruhr-Kreis zu treffen. Der AGS-Landesvorsitzende Gerd Teulings hat seine Teilnahme bereits fest zugesagt. <

2009

SATIRE

## DAS JAHR DER REFORMEN UND EREIGNISSE

**Eine Vorhersage auf Basis hochwissenschaftlicher Untersuchungen, wie z.B. Kaffeesatz-Lesungen und Knochenwerfen – eine nicht ganz ernst gemeinte Prognose von André Brümmer, stv. AGS-Landesvorsitzender in NRW.**

### Politik

Bürgermeister-Kandidat Kirch schämt sich nicht mehr für „seine“ Heimatstadt. Er beschließt, sich nicht mehr für Stolberg, sondern für die Versäumnisse und Fehlleistungen der früheren CDU-Bürgermeister zu schämen. Jürgen Linden wird zum OB auf Lebenszeit gewählt. Außer Brauchtumpflege und Sport delegiert er seine Aufgaben an seine Vertreter: Karl Schultheis übernimmt den Bereich Forschung und Lehre. Studiengebühren werden in Aachen abgeschafft, die Finanzierung erfolgt durch Strafmandate wegen Missachtung der neu eingeführten Umweltzone. Marcel Philipp, zuständig für Wohnungswesen, kauft die LEG-Wohnungen in der Regio von der „Heuschrecke“ Goldmann Sachs zurück. Finanzierung: Ein Wiedergutmachungs-Fond der Landesregierung. Ministerpräsident Rüttgers beschließt, Worten auch Taten folgen zu lassen. Um in NRW echte Sozialpolitik zu betreiben, tauscht er das gesamte Kabinett aus und lässt sich in Zukunft durch

Hannelore Kraft vertreten, während er zu Hause lernt, wie man eine Spülmaschine füllt. Angela Merkel verkündet, ihre Amnesie überwunden zu haben und bekennt sich wieder zu den Leipziger Parteitagbeschlüssen. Daraufhin zieht Kardinal Meissner den Vorwurf der Heuchelei zurück, setzt sich allerdings für die Aberkennung des „C“ in „CDU“ ein. Oskar Lafontaine gewinnt den von Politikern gefürchteten Pinocchio-Preis 2009 und verspricht verschämt, in Zukunft nur noch haltbare Versprechen zu machen.

*(zur Erläuterung: Kirch ist CDU-Bürgermeisterkandidat in Stolberg, der mit der Aussage „Ich schäme mich, wenn ich durch Stolberg gehe!“ auffiel. Jürgen Linden ist der Aachener OB und „Denkmal“. Karl Schultheis ist der Aachener OB-Kandidat der SPD, Marcel Philipp der OB-Kandidat der CDU)*

### Kultur

Essen gibt die Nominierung zur Kulturhauptstadt Ruhr2010 an Stolberg ab. Grund ist das attraktivere Angebot, z.B. die Blockflötengruppe „Misston 1920 e.V.“. Ein neues Konzerthaus wird in Aachen errichtet. Sponsoring: Bekannte Industrielle aus der Region verzichten auf ihre jährlichen Einzahlungen in Liechtensteiner Stiftungen. Die Ukraine gibt „Beutekunst“ an das Suermondt Ludwig Museum zurück. Im Gegenzug ersetzt die Bundesregierung die durch die Hitler-Armee angerichteten Milliarden Schäden.

### Wirtschaft

Dr. Josef Ackermann, Wirtschaftsberater von Herrn Rüttgers und Frau Merkel, erkennt während eines Klosteraufenthalts, was Demut und Bescheidenheit bedeutet. Er verzichtet auf sein Vermögen zu Gunsten der von der DB in den Ruin getriebenen Anleger und gibt sich zukünftig mit Peanuts zufrieden. „Wirtschaftsminister“ Glos übernimmt die Leitung einer Mühle in seiner Heimat. Diese führt er erfolgreich. Das Wirtschaftsministerium wird nunmehr vom BDI geleitet, wie bereits in der Vergangenheit praktiziert.

*Wir danken für ihre Mitarbeit: Nostradamus, Frau Eusebia Meyer-Schultze (Fachfrau für Wahrsagerei), der Vereinigung zur germanischen Brauchtumpflege, Arbeitsgruppe Kult, der SPD, AG „Visionen“ (Arbeit z.Zt. ruhend), den fünf Wirtschaftsweisen der Bundesregierung. Wir sehen: Es wird ein Super-Jahr! (Fast) alles wird gut!*

## GEMEINSAME VERANSTALTUNG VON SPD UND GEW DIE BESTE BILDUNG FÜR ALLE KINDER

**„Die beste Bildung für alle – Längeres gemeinsames Lernen“ lautet das Motto einer gemeinsamen Veranstaltung des SPD-Unterbezirks Steinfurt und des Kreisverbandes der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), zu der die Organisatoren für Donnerstag, den 15. Januar, ab 19 Uhr in das TAT-Zentrum nach Rheine eingeladen haben.**

Angesichts der großen Herausforderungen an das Bildungssystem durch Migration und demographischen Wandel befürwortet eine deutliche Mehrheit der deutschen Bevölkerung grundlegende Reformen im Bildungssystem, heißt es in der Einladung. Und: „Drei Viertel der Bevölkerung sind der Ansicht, dass Jugendliche aus allen Schichten nicht die gleichen beruflichen Chancen haben“, zitieren SPD-Unterbezirksvorsitzender Martin Wilke und der Stellvertretende GEW-Kreisvorsitzende Lothar Kurz eine bundesweite Bevölkerungsbefragung der Bertelsmann-Stiftung. Deshalb müsse das Bildungssystem integrativer werden, um allen Schülerinnen und Schülern eine faire Chance zu eröffnen. Längeres gemeinsames Lernen und eine bessere Durchlässigkeit seien wichtige Merkmale für eine Schule der Zukunft, die gleichermaßen gerecht und leistungsstark sein müsse.

Bei der gemeinsamen Politik für faire Zukunftschancen setzen SPD und GEW auf einen breiten Dialog mit Experten und Praktikern, die deshalb zu der Veranstaltung über schulpolitische Perspektiven im Kreis Steinfurt herzlich eingeladen sind. Das Forum wird eröffnet mit einem perspektivischen Grußwort von Elisabeth Veldhues, MdL, der SPD-Landratskandidatin für den Kreis Steinfurt. Unter der Moderation von Dr. Jürgen Schmitter schließen sich dann Statements und Diskussionsrunden mit Ute Schäfer, der schulpolitischen Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion und Dorothea Schäfer, der Stellvertretenden GEW-Landesvorsitzenden an. <

Die AGSNRW und die AGS Regio Münsterland unterstützen die Veranstaltung und fordern zur Teilnahme auf.

## VERGABERECHT SGK-VERANSTALTUNG AM 03. FEBRUAR

**Das Vergaberecht ist sowohl für Kommunen als auch für Unternehmen von großer Bedeutung. Die rechtliche und praktische Ausgestaltung ist jedoch für viele ein Buch mit sieben Siegeln.**

Interkommunale Zusammenarbeit, Fach- und Teillose, vergabefremde Kriterien, Einhaltung von Tarifverträgen, Präqualifikation, Vergabekammern des Landes Nordrhein-Westfalen – das alles sind Begriffe, die im Vergaberecht eine entscheidende Bedeutung haben und die es einzuordnen gilt. Über dem deutschen Vergaberecht und dem nordrhein-westfälischen Landesvollzug stehen zudem Europäische Richtlinien und Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs, die das Vergaberecht ständig beeinflussen.

Der Bund beabsichtigt eine Novellierung des Vergaberechts. Der erste Anlauf, das Gesetz im Dezember 2008 zu verabschieden, scheiterte an den CDU-Abgeordneten, die die Zusammenarbeit von Kommunen stärker den Regeln des Vergaberechts unterwerfen wollen.

Zu diesem Themenbereich findet am Dienstag, 3. Februar 2009, 18 Uhr, im Düsseldorfer Landtag eine Informationsveranstaltung statt. Bernd Scheelen, MdB, Kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Bundstagsfraktion, wird aus bundespolitischer Sicht informieren. Frauke Ley, Leiterin der Stabsstelle Recht und Datenschutz der Stadt Bünde, nimmt zum Vergaberecht in der Kommune Stellung. Zum Vergaberecht aus der Sicht des Handwerks bezieht Klaus Yongdem Tillmann Position, der Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Dortmund. Die Moderation hat Thomas Eiskirch, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, übernommen.

Anmeldungen bitte über die SGK in NRW:

> [froehlich@sgk-nrw.de](mailto:froehlich@sgk-nrw.de) <

Die AGS (u.a. im UB Kleve) befasst sich bereits intensiv mit dieser Thematik.

**ANDRÉ STINKA, MDL****ZIEL-II-PROGRAMM DER LANDESREGIERUNG IST GESCHEITERT**

André Stinka, MdL

André Stinka, SPD-Landtagsabgeordneter für den Kreis Coesfeld, hat die Wirtschaftsförderungspolitik der schwarz-gelben Landesregierung scharf kritisiert. „CDU und FDP haben bei der Umsetzung des Ziel-II-Förderprogramms der Europäischen Union

versagt. Das von der Landesregierung vorgesehene Verfahren ist für die Antragsteller zu kompliziert, undurchsichtig und vor allem zu langsam.“

Von 426 Millionen Euro, die für die Jahre 2007 und 2008 im Landeshaushalt für das EU-Ziel-II-Programm zur Unterstützung der Wirtschaftsstruktur in NRW vorgesehen gewesen seien, kamen bisher nur rund 42 Millionen Euro bei den Unternehmen in NRW an. Die von CDU-Wirtschaftsministerin Thoben angeordneten Antragsformalitäten überforderten oftmals die kleinen und mittelgroßen Unternehmen und kosteten hohe Personal- sowie Beratungsleistungen, hätten aber nur eine relativ geringe Erfolgswahrscheinlichkeit. „Das mehrstufige Verfahren der CDU-Wirtschaftsministerin ist extrem langsam und bindet einen erheblichen Verwaltungsapparat. Gleichzeitig werden die Unternehmen mit zu kurzen Fristsetzungen ohne Not unter Druck gesetzt“, kritisierte Stinka.

Der aus Dülmen stammende SPD-Politiker erinnerte daran, dass es auch im Kreis Coesfeld viele Projekte von heimischen Unternehmen gebe, die eigentlich in den Genuss einer Förderung kommen könnten. „Viele Unternehmer, mit denen ich gesprochen habe, sind einfach sauer, dass das Antragsverfahren derartig aufwändig und teuer ist – am Ende aber, wenn überhaupt, nur sehr wenig dabei herauspringt“, berichtet Stinka. Eine verlässliche Wirtschaftspolitik sehe anders aus. „Ich fordere die schwarz-gelbe Landesregierung auf, endlich ein transparentes, unbürokratisches und schnelles Verfahren für die Vergabe von Fördermitteln zu entwickeln. Gerade bei einer möglicherweise heraufzie-

henden Weltwirtschaftskrise braucht NRW und der Kreis Coesfeld eine wirksame Wirtschaftspolitik.“ <

**THOMAS EISKIRCH, MDL****SCHWARZ-GELBE KOALITION LÄSST DAS HANDWERK BEI DER FUHRPARK-VERJÜNGUNG IM REGEN STEHEN**

Thomas Eiskirch, MdL

Als „konjunkturellen Bremsklotz für das Handwerk und die Automobilindustrie“ bezeichnete der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Thomas Eiskirch, die schwarz-gelbe Landesregierung.

Anlass ist die Ablehnung von Zuschüssen für mittelständische Unternehmen zur Verjüngung des Fuhrparks durch CDU und FDP im Wirtschaftsausschuss. „Viele Handwerksunternehmen müssen ihren Fuhrpark austauschen, weil die Fahrzeuge in Kürze nicht mehr in die Umweltzonen der Städte fahren dürfen. Es wäre ein wichtiges Signal, wenn das Land eine eigene Initiative ergreifen würde, mit der die erheblichen Investitionen der Handwerksbetriebe bezuschusst würden. Die verbesserten Kreditkonditionen der staatlichen Banken alleine reichen nicht aus. Das zeigt die verschwindende Nachfrage nach diesen Krediten“, kritisierte Eiskirch. Pikant sei, dass auch der Präsident des nordrhein-westfälischen Handwerkskammertags, Franz-Josef Knieps, dem Fraktionszwang folge und dem Handwerk seine Unterstützung versage.

Eiskirch wiederholte seine Forderung nach einem Förderprogramm „Initiative Fuhrparkverjüngung“. „Davon würden auch die von der Absatzkrise hart getroffenen Nutzfahrzeug-Hersteller einen wichtigen wirtschaftlichen Impuls erhalten. Während die Automobilbranche ächzt und Zulieferer in NRW Insolvenz anmelden, warten CDU und FDP auf die wirtschaftspolitischen Impulse des Bundes. Die Fuhrparkverjüngung ist mittelstandsfreundlich, konjunkturpolitisch geboten und ein Beitrag zum Gesundheitsschutz in unseren Städten. Es ist tragisch, dass die Landesregierung ihren Mittelstand alleine lässt“, sagte Eiskirch. <

(s. dazu auch den detaillierteren Artikel auf Seite 8)

## BILDUNG

### **WEITERENTWICKLUNG DES MEISTER-BAFÖGS – AUFSTIEG DURCH BILDUNG ERMÖGLICHEN**

**Die Koalition in Berlin will die Attraktivität beruflicher Aufstiegsfortbildungen weiter steigern. Noch mehr Menschen als bisher sollen für Fortbildungen gewonnen werden.**

Dazu hat die Bundesregierung den Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (AFBG, Meister-BAföG) vorgelegt, den der Bundestag am 4. Dezember 2008 in 1. Lesung beraten hat.

#### **Gesetzentwurf trägt Handschrift der SPD-Bundestagsfraktion**

Bereits im Juni 2008 hat die SPD-Bundestagsfraktion Eckpunkte zur Weiterentwicklung des Meister-BAföG beschlossen. Sie sind Bestandteil eines Gesamtkonzepts zur Sicherung der Fachkräftebasis in Deutschland. Diese finden sich nun im Gesetzentwurf wieder.

#### **Gute und gleiche Aufstiegschancen für alle ermöglichen**

Das Meister-BAföG steht wie kaum ein anderes Gesetz für den sozialdemokratischen Ansatz, Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen. Durch eine kontinuierliche Höherqualifizierung über alle Altersgruppen hinweg soll dem Fachkräftemangel in Deutschland begegnet werden. Außerdem soll dadurch die Beschäftigungsfähigkeit der Menschen auf Dauer erhalten und schließlich die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gesichert werden. Unser Ziel ist eine deutliche Steigerung der Attraktivität des Meister-BAföG, um die Zahl der Geförderten nachhaltig zu erhöhen.

#### **Die wesentlichen Inhalte des Gesetzentwurfs sind:**

■ Fortbildungswillige sollen eine Fortbildungsmaßnahme, die nicht zwangsläufig die erste Aufstiegsfortbildung sein muss, gefördert be-

kommen. Das ist eine deutliche Verbesserung für Beschäftigte, die bereits eine Aufstiegsfortbildung aus der eigenen Tasche finanziert hatten, denn sie hatten dann keinen Anspruch auf Förderung weiterer Maßnahmen.

- Außerdem soll sich die Förderung einer Fortbildungsmaßnahme zukünftig stärker an ihrem Erfolg orientieren. Zusätzlich zum staatlichen Zuschuss von 30,5 Prozent zum Maßnahmenbeitrag soll daher bei Bestehen der Prüfung ein Erlass von 25 % auf die Lehrgangs- und Prüfungsgebühren gewährt werden.
- Fortbildungswillige mit Kindern sollen stärker unterstützt werden. Zum einen soll der bisherige Kinderbetreuungszuschlag für Alleinerziehende von bis zu 113 Euro pro Kind bis zum vollendeten zehnten Lebensjahr pauschalisiert und ohne Kostennachweis pro Kind und Monat gewährt werden. Bei der Betreuung behinderter Kinder soll die Altersbegrenzung entfallen. Darüber hinaus soll der Erhöhungsbetrag für Kinder beim Unterhaltsbeitrag von 179 Euro pro Kind auf 210 Euro pro Kind erhöht und zu 50 Prozent bezuschusst werden.
- Ausländische Fortbildungswillige, die bereits langfristig aufenthaltsberechtigt sind, sollen auch ohne Anknüpfung an eine vorherige Mindestarbeitsdauer nach dem AFBG gefördert werden.
- Des Weiteren sieht der Entwurf vor, den Förderungsbereich des AFBG auch für Aufstiegsfortbildungen zum Erzieher oder zur Erzieherin sowie für Fortbildungen in der ambulanten und stationären Altenpflege zu erweitern.

## HANDWERK


### **ERLEICHTERUNGEN FÜR HANDWERKER BEI KLEINEREN BAUVORHABEN**

**Die Bauordnung des Landes Nordrhein-Westfalen wird vereinfacht. Bei einer Reihe von Bauvorhaben – zum Beispiel kleineren Terrassenüberdachungen, Wintergärten, Dachgauben und Balkonen – dürfen in Zukunft auch Handwerker oder staatlich geprüfte Techniker die Pläne bei den Bauaufsichtsbehörden einreichen.**

Bisher waren dazu ausschließlich Architekten und Bauingenieure berechtigt. Die Befreiung von der Bauvorlageberechtigungspflicht können nun auch Bürger in Anspruch nehmen, die sich zutrauen, Bauvorlagen entsprechend der Bauprüfverordnung selbst zu erstellen.

Der Landtag hat das 3. Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung am 22. Oktober beschlossen. Durch Ergänzung des § 65 BauO NRW sind Terrassenüberdachungen bis zu 30 Quadratmeter und 3 Metern Tiefe künftig genehmigungsfrei. Der Katalog der Maßnahmen, für die nach § 70 Abs. 2 BauO NRW in der Antragstellung auf eine Bauvorlageberechtigung verzichtet wird, wurde ergänzt.

Nach der bisherigen Rechtslage bedarf es keiner Bauvorlageberechtigung bei der Beantragung von Garagen und Stellplätzen bis 100 Quadratmetern sowie für Behelfsbauten. Dieser Katalog wurde erweitert um eingeschossige Wintergärten bis 25 Quadratmeter, eingeschossige Gebäude ohne Aufenthaltsräume bis 250 Quadratmeter, Dachgauben, deren Breite höchstens ein Drittel der darunter liegenden Außenwand beträgt, Terrassenüberdachungen, Balkone und Altane bis 1,5 Meter Auskragung sowie Aufzugsschächte vor Wohngebäuden geringer Höhe.

Gewächshäuser ohne Verkaufsstätten bis zu 5 Metern Höhe und 1.600 Quadratmetern Fläche können genehmigungsfrei errichtet werden, wenn sie der Land- oder Forstwirtschaft oder dem Gartenbau dienen. Haben solche Gewächshäuser mehr als 1.600, aber weniger als 5.000 Quadratmeter Grundfläche, werden sie nicht mehr als Sonderbau angesehen, sondern im vereinfachten Genehmigungsverfahren behandelt. Unter bestimmten Voraussetzungen wird auf bautechnische Nachweise verzichtet. 

## HANDWERK

### **KOOPERATIONSBÖRSE DÄNEMARK/ SCHWEDEN 2009 FÜR DEUTSCHE BAU- UND AUSBAUBETRIEBE**

**Handwerksunternehmen des Bau- und Ausbauhandwerks können sich Ende März ein Bild von Geschäftsmöglichkeiten in Schweden und Dänemark machen. Sie werden „vor Ort“ mit an einer Zusam-**

### **menarbeit interessierten Vertretern der schwedischen und dänischen Baubranche in Kontakt gebracht.**

Die nordische Baufachmesse „ScandBuild“, die vom 31. März bis 2. April in Kopenhagen stattfinden wird, bietet hierzu eine ideale Plattform. Sie ist eine schwedisch-dänische Messekooperation und bietet als Fachmesse für die Bauwirtschaft neben der traditionellen Ausstellung auch Seminare und Foren für Branchengespräche ([www.scandbuild.com](http://www.scandbuild.com)).

Eine Möglichkeit zur unverbindlichen Interessensbekundung finden Sie hier:

> mehr 

## KLIMA

### **PROGRAMME ZUM KLIMASCHUTZ**

#### **Mit fünf neuen Programmen fördert das Bundesumweltministerium Investitionen zum Klimaschutz in der Wirtschaft.**

Die „Nationale Klimaschutzinitiative“ umfasst folgende Förder-Bausteine: Klimaschutzprojekte in Kommunen sowie sozialen und kulturellen Einrichtungen, die Installation von Mini-Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, gewerbliche Kälteanlagen, die Optimierung der energetischen Biomassenutzung und die Erweiterung des bestehenden Marktanzreizprogramms für regenerative Wärme. Für Antragsteller aus NRW sind die erforderlichen Unterlagen auf der Webseite der Energieagentur.NRW erhältlich:

> mehr 

## FAMILIENUNTERNEHMEN

### **KONFERENZ FÜR FAMILIENUNTERNEHMEN**

Am 26. Januar 2009 findet in Berlin die 1. EMF Konferenz für Familienunternehmen statt. Auf der Veranstaltung, die vom „Institut für Entrepreneurship, Mittelstand und Familienunternehmen“ der Fachhochschule für Wirtschaft Berlin organisiert wird, soll das Modell Familienunternehmen sowie dessen Chancen, Risiken und Zukunftsperspektiven mit Vertretern aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft diskutiert werden. Das IfM Bonn wird durch einen Vortrag von Frank Wallau auf der Veranstaltung vertreten sein.

> mehr (PDF-Datei) 

**THOMAS EISKIRCH, MDL**

## **UMWELTZONEN IST NRW: „INITIATIVE FUHRPARKVERJÜNGUNG“ STARTEN**



Thomas Eiskirch, MdL

**Im letzten Jahr sind in mehreren Städten und Ballungsgebieten in Nordrhein-Westfalen Umweltzonen eingerichtet worden. Den Anfang hat die Stadt Köln zum Januar 2008 mit der ersten Umweltzone in NRW gemacht. Mit den Umweltzonen werden Maßnahmen zur Senkung der Feinstaubbelastung ergriffen, die von der Europäischen Union vorgegeben werden.**

Ich finde diese Umweltzonen nicht nur rechtlich geboten, sondern auch begrüßenswert – auch wenn der Name Umweltzone ein bisschen in die Irre leitet. Eigentlich hätte man sie Gesundheitszonen nennen müssen, denn darum geht es eigentlich: Um die Gesundheit der Menschen in den Ballungsgebieten.

Natürlich hat so eine Maßnahme, so nötig sie auch sein mag, auch Auswirkungen auf die Wirtschaft. Handwerksbetriebe sowie kleine und mittelständische Gewerbetreibende klagen nunmehr darüber, dass sie mit ihren älteren, gewerblich genutzten Fahrzeugen nicht mehr in die Kölner Innenstadt fahren können. Mit dem Start der „Umweltzonen Ruhr“ am 01. Oktober 2008 hat sich dieses Problem für viele Unternehmen in NRW erheblich ausgeweitet. Die weitere Ausweisung von Umweltzonen in den Städten in NRW wird zukünftig immer mehr Unternehmen vor vergleichbare Probleme stellen. Um die umwelt- und gesundheitspolitische zwingend erforderliche Ausweisung von Umweltzonen ohne negative wirtschaftliche Folgen für Handwerk und Mittelstand vornehmen zu können, sind flankierende Maßnahmen erforderlich. Eine davon hat die SPD-Fraktion entwickelt und dem Landtag als Antrag vorgeschlagen.

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau hat ein Förderprogramm aufgelegt, mit dem der Erwerb von Nutzfahrzeugen mit über 12 Tonnen zulässigem

Gesamtgewicht mit günstigen Krediten und Zuschüssen gefördert wird. Dies ist zu begrüßen. Das Programm umfasst damit jedoch nicht die Kleintransporter bis 12 Tonnen zulässigem Gesamtgewicht. Diese werden überwiegend von Handwerksbetrieben und klein- und mittelständischen Gewerbetreibenden genutzt. Insbesondere im Handwerk ist es nicht ungewöhnlich, dass Baustellen- und Spezialfahrzeuge (z. B. Kranwagen) weit über die Abschreibungsdauer hinaus, im Einzelfall bis zu 20 Jahre betrieben und genutzt werden. Sie erhalten bei der KfW lediglich zinsverbilligte Kredite.

Die Kommunen versuchen insbesondere mit dem Instrument der Ausnahmegenehmigung bzw. dem Handwerkerparkausweis Unternehmen den Zugang zu innerstädtischen Baustellen in Umweltzonen zu ermöglichen. Ausnahmeregelungen können keine dauerhafte Lösung ersetzen und widersprechen dem Ziel des Gesundheitsschutzes durch Absenkung der Feinstaubemissionen in den Innenstädten.

Es ist daher aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion aus gesundheits- und wirtschaftspolitischen Gründen geboten, dass die Anschaffung eines Neufahrzeuges für die in Rede stehenden Unternehmen von der NRW.Bank gefördert wird. Damit stiege die Akzeptanz der Umweltzonen bei den Unternehmen. Zugleich würde der Automobilstandort NRW einen Produktions- und Verkaufsschub erfahren.

Wir haben deshalb vorgeschlagen, ein Finanzierungsinstrument zu schaffen, mit dem die Neuanschaffung von Nutzfahrzeugen mit einem zulässigen Gesamtgewicht von bis zu 12 Tonnen über die Vergünstigung von Krediten hinaus, d.h. mit einem aktivierenden Zuschuss, gefördert wird und Maßnahmen zu ergreifen, um die Nutzung der Programme der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der NRW.Bank durch die in Rede stehenden Unternehmen zu befördern.

Dies ist leider von den Koalitionsfraktionen abgelehnt worden. Pikant ist, dass auch der Präsident des nordrhein-westfälischen Handwerkskammertags, Franz-Josef Knieps, dem Fraktionszwang folgte und dem Handwerk seine Unterstützung versagt hat. <



## KURZ NOTIERT

### **Checkliste: So überzeugen Sie Kapitalgeber**

Ob Bank oder Finanzinvestor: Oft entscheidet der erste Eindruck über den Erfolg bei einem möglichen Kapitalgeber. Hier erfahren Sie, wie Sie sich präsentieren sollten.

>>> mehr

### **Checkliste: So kontrollieren Sie Ihre Kundenkontakte**

Erfolgskontrolle im Marketing: Kleine Unternehmen können Ihre Kunden-Akquise optimieren, wenn sie bestehende Kontakte regelmäßig auswerten. Wie es geht, lesen Sie hier.

>>> mehr

### **Nachfolge: Steuervorteile für beratende Betriebsverkäufer**

Einem Unternehmer stehen für die Gewinne aus der Betriebsveräußerung auch dann Steuervergünstigungen zu, wenn er weiterhin als Berater für seine ehemalige Firma tätig ist.

>>> mehr

### **Studie: Firmen sichern Kundendaten unzureichend**

Mehr als 60 Prozent der Unternehmen in Deutschland vernachlässigen den Schutz von Kundendaten.

>>> mehr

### **Übersicht: Das ändert sich 2009 bei Mini-Jobs**

Zum 1. Januar 2009 müssen Sie einige Änderungen beachten, wenn Sie 400-Euro-Kräfte beschäftigen. Eine Übersicht finden Sie hier.

>>> mehr

### **Mitarbeitermotivation: Ein Führungsstil für jede Gelegenheit**

Unterschiedliche Situationen erfordern unterschiedliche Führungsstile. Vier Situationen und die passenden Instrumente für Chefs finden Sie hier.

>>> mehr

### **Steuern: So beschenken Sie Mitarbeiter und Kunden steuerfrei**

Unter bestimmten Bedingungen sind Geschenke von der Steuer absetzbar. Hier lesen Sie, wie es geht.

>>> mehr

### **Forderungen: EU-weites Mahnverfahren für Gläubiger gestartet**

Gläubiger können ihre Forderungen ab sofort auch über nationale Grenzen hinweg schneller und leichter eintreiben.

>>> mehr

### **Selbständigkeit: Diese zehn Qualitäten müssen Gründer mitbringen**

Der Schritt in die Selbständigkeit erfordert von Gründern eine Reihe von Voraussetzungen. Welche Sie erfüllen sollten, erfahren Sie hier.

>>> mehr

### **Förderkredite: Neue Förderprogramme der KfW-Mittelstandsbank 2009**

Die KfW-Mittelstandsbank ändert zum Jahreswechsel ihr Kreditportfolio: Kleine und mittelständische Unternehmen können bis Ende 2009 Kredite aus dem KfW-Sonderprogramm beantragen.

>>> mehr

### **Urteil: Keine Erbschaftsteuer bei drohender Insolvenz**

Die Erbschaftsteuer kann erlassen werden, wenn dadurch eine wirtschaftliche Notlage entsteht.

>>> mehr

## **NEUE GESETZE 2009 – WAS DIE BÜRGER IM NEUEN JAHR ERWARTET**

### **2009 bietet viele neue gesetzliche Regelungen für die Bürger**

Das alte Jahr geht zu Ende und der Blick richtet sich auf 2009: Was kommt auf die Bürger zu? Welche neuen Gesetze stehen an und welche Auswirkungen haben sie? Anne Kronzucker, Juristin und Rechtsexpertin der D.A.S. Rechtsschutzversicherung, liefert einen Überblick der zu erwartenden rechtlichen Neuerungen 2009, angefangen bei der Erhöhung des Kindergeldes über die Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge bis hin zum neuen Erbschaft- und Schenkungsteuerrecht.

>>> mehr

(U.a. mit Material von <http://www.mittelstanddirekt.de>)

**KONJUNKTURPAKET II**  
**GEMEINSAM HANDELN – DEUTSCHLAND**  
**MODERNER UND MENSCHLICHER MACHEN**  
**UNSER WACHSTUMS- UND STABILITÄTSPAKT**  
**FÜR DEUTSCHLAND**

Auflistung der am 4. Januar auf Vorschlag von Frank-Walter Steinmeier vom Präsidium der SPD beschlossenen Maßnahmen des „Wachstums- und Stabilitätspaktes für Deutschland“. Hervorzuheben ist insbesondere die Förderung kommunaler Infrastrukturprojekte, die so ausgestaltet werden soll, dass sie auch von finanzschwachen Kommunen genutzt werden kann.

**Die Maßnahmen des „Wachstums- und Stabilitätspaktes für Deutschland“ – Kurzfassung:**

- Gründung eines Deutschlandfonds zur Finanzierung von **kommunalen Infrastrukturprojekten** in den Jahren 2009 und 2010, Bund gibt 10 Mrd. €; Länder sind gebeten, einen angemessenen Beitrag zu leisten.
- Änderung des Investitionspaktes von Bund, Ländern und Kommunen, um auch finanzschwachen Kommunen Zugang zu Investitionsmitteln zu geben. Flexible Auslegung und ggf. Neufassung der Regeln der Kommunalaufsicht;
- Befristete **Vereinfachung des Vergaberechts**;
- Vorziehen von Investitionsvorhaben des Bundes;
- Weitere **Aufstockung des CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramms**, wenn nötig;
- Befristete Erhebung eines „Solidarbeitrags Bildung“ von Spitzenverdienern;
- Übernahme des Sonderbeitrags der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der gesetzlichen Krankenversicherung von 0,9%;
- Einmaliger Kinderbonus in Höhe von 200 € pro Kind;
- Anhebung des Regelsatzes für Kinder von 6 bis 13 Jahren für Kinder in Hartz IV und Sozialhilfe;
- Zusätzlich 1,2 Mrd. € aus Mitteln der Bundesagentur für Qualifizierung;
- Sonderprogramm „Zukunft für junge Arbeitslose“ für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz;
- Ausweitung des bestehenden Qualifizierungsprogramms WeGebAu für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer;

- Zusätzliche Qualifizierungsmöglichkeiten für Kurzarbeiter;
- Stabilisierung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung über den 30.6.2010 hinaus;
- Rasche Neuregelung der Kfz-Steuer;
- Einführung einer Umweltpremie in Höhe von 2.500 € bei Verschrottung des eigenen und Kauf eines Neu- oder Jahreswagens;
- Aufstockung der Forschungsmittel im Bereich „Mobilität von morgen“;
- **Ausdehnung des Innovationsprogramms Mittelstand** auf gesamtes Bundesgebiet;
- Beschleunigung von **Breitbandinvestitionen**;
- Beschleunigter Ausbau der Stromnetze durch Gründung einer Deutschen Netzgesellschaft mit staatlicher Beteiligung für die Stromnetze;
- Gründung eines Sondervermögens zur Finanzierung des „Wachstums- und Stabilitätspaktes“, Öffnung für die Bundesländer, um ihnen günstigere Finanzierungsmöglichkeiten zu geben;
- Verankerung der gesetzlichen Begrenzung der Schuldenaufnahme im Grundgesetz, klares Bekenntnis zur Haushaltskonsolidierung im Aufschwung;
- Internationale und europäische Flankierung der deutschen Anstrengungen.

**Einzelmaßnahmen im Detail:**

[...] Wegbrechende Aufträge und sinkende Nachfrage haben alle Konjunkturbarometer in die Tiefe gezogen. Jetzt kommt es darauf an, die Dynamik dieser Entwicklung mit einem raschen Impuls zu bremsen und mittelfristig umzukehren. Das wichtigste Mittel dafür sind **öffentliche Investitionen in Arbeit, Umwelt, Innovation und Bildung**. Sie sichern Arbeitsplätze, verbessern die Infrastruktur unseres Landes und erhöhen die Potenziale und Kompetenzen der Menschen.

Darum wollen wir einen „Deutschlandfonds“ schaffen. Er ist das Herzstück unseres Wachstums- und Stabilitätspaktes und dient dazu, in den Kommunen, damit sehr sichtbar und bürgernah, zusätzliche Investitionen anzustoßen, um unser Land moderner und menschlicher zu machen. Der Deutschlandfonds wird gemeinsam von Bund und Ländern gegründet und von der Kreditanstalt für Wiederaufbau

verwaltet. Der Bund stattet den Deutschlandfonds mit einer Summe von 10 Mrd. € aus. Die Länder werden gebeten, ihn durch angemessene Beteiligung weiter aufzustocken. Die Mittel des Deutschlandfonds sollen in den Jahren 2009 und 2010 vollständig verausgabt werden. Aus den Mitteln des Deutschlandfonds werden **kommunale Infrastrukturprojekte** finanziert, die sonst wegen der Finanzlage der Kommunen nicht verwirklicht werden könnten. Dabei sehen wir mehrere Schwerpunkte:

- > die **bauliche Modernisierung** von Kindergärten, Schulen, Sportstätten und Jugendhäusern ,
- > eine **bessere Ausstattung** von Kindergärten und Schulen mit Lernmitteln von Computern über Physik- und Chemiesäle bis zu Schulbibliotheken,
- > die **Verbesserung der Energieeffizienz** in allen öffentlichen Gebäuden, um das Klima zu schützen, die Umwelt zu schonen und Betriebskosten dauerhaft zu verringern,
- > die Weiterentwicklung von Kindergärten und Grundschulen zu Eltern-Kind-Zentren, in denen Eltern Sprachkurse, Hilfen bei der Erziehung und weitere Unterstützung bekommen,
- > die **Erneuerung von Straßen, Bürgersteigen und Radwegen**, damit Kinder sicherer zur Schule kommen.

[...] Kommunen in Haushaltsnotlage investieren trotz bestehender Investitionsprogramme nicht, weil eigene Finanzierungsbeiträge nicht getragen werden können. Der Bund erklärt sich bereit, den bereits bestehenden Investitionspakt von Bund, Ländern und Kommunen so zu ändern, dass in den Jahren 2009 und 2010 Bund und Länder den **Eigenanteil der Kommunen** gemeinsam bis zu 100 % tragen. Wir appellieren an die Länder, diesen Weg mitzugehen. Damit erhalten auch finanzschwächere Kommunen Spielraum für Investitionen. Die dafür notwendigen Mittel kommen aus dem Deutschlandfonds.

Um schnell ein hohes Investitionsvolumen zu erzielen, muss das **Vergaberecht befristet bis Ende 2010 vereinfacht** werden. Bis zu einem Auftragswert von 1 Mio. € im Baubereich und bis 150.000 € im Liefer- und Dienstleistungsbereich sollen vorübergehend beschränkte Vergaben ohne Pflicht zu einer vorheri-

gen öffentlichen Bekanntmachung möglich sein. Bei Auftragswerten bis zu 100.000 € im Baubereich und 50.000 € im Liefer- und Dienstleistungsbereich kann auch die freihändige Vergabe ohne ein förmliches Verfahren in Frage kommen.

Im Rahmen des „Paktes für Deutschland“ sollten wir alle Investitionsvorhaben des Bundes darauf prüfen, welche Maßnahmen vorgezogen und welche Programme noch weiter sinnvoll aufgestockt werden können. Die Gespräche innerhalb der Bundesregierung haben dazu bereits begonnen. Für Maßnahmen, vor allem im **Verkehrs- und Umweltbereich**, könnten für die nächsten zwei Jahre jeweils 2 Mrd. € zusätzlich zur Verfügung gestellt werden. Wir versichern: Das erst kürzlich aufgestockte **CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm** wird erhöht, sobald erkennbar wird, dass Nachfrage und Bedarf größer sind als angenommen. Wir fordern die Länder auf, ihrerseits zu prüfen, welche weiteren Beschleunigungs- und Investitionsmöglichkeiten bestehen.

[...] Zur Abfederung der Wirtschaftskrise wollen wir neben der öffentlichen auch die **private Nachfrage stimulieren**. Dafür gibt es sehr viel wirksamere Mittel als die Senkung der Einkommensteuer. Da nur die Hälfte der privaten Haushalte überhaupt noch Einkommensteuer zahlt, würden breite Teile der Bevölkerung bei einer Senkung dieser Steuer leer ausgehen – ausgerechnet diejenigen, die ihr kleines oder mittleres Einkommen fast vollständig in den Konsum geben. Das ist der Grund, warum wir die Menschen bei den **Lohnnebenkosten entlasten** wollen. Wir schlagen vor: Der Bund übernimmt von Anfang 2009 an den Sonderbeitrag von 0,9 % in der gesetzlichen Krankenversicherung, der allein von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gezahlt wird, und zahlt dauerhaft diesen Betrag mit einem Volumen von 10 Mrd. € aus Steuermitteln. Die jährliche Erhöhung des Bundeszuschusses um 1,5 Mrd. € bis 2016, mit der die beitragsfreien Mitversicherung der Kinder ausgeglichen wird, würde damit in einem Schritt vollzogen. **Dadurch entlasten wir neben 27 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und 2 Millionen Selbständigen auch 17 Millionen Rentner.** [...]

Der vollständige Text (19 Seiten, PDF) kann über [redaktion@ags-in-nrw.de](mailto:redaktion@ags-in-nrw.de) angefordert werden.

## ZUR PERSON

Die Landtagsabgeordnete **Elisabeth Veldhues** wird im kommenden Juni als Landrätin für die SPD im Kreis Steinfurt kandidieren. Auf einer Wahlkreisdelegiertenkonferenz in ihrem Heimatort Rheine kürten die Sozialdemokraten die 59-Jährige zu ihrer Spitzenkandidatin. Über 98 % der Delegierten sprachen sich in geheimer Abstimmung für Elisabeth Veldhues aus, die den Selbständigen in der SPD und der AGS-Arbeit unseres Landes eng verbunden ist. +++ **Gerhard Teulings**, AGS-Landesvorsitzender in NRW, hat den DGB-Landesvorsitzenden **Guntram Schneider** um ein Informationsgespräch gebeten, bei dem die Positionen zu gemeinsamen Themen ausgetauscht werden sollen. Bei einem Gespräch vorab hatten der DGB-Landesvorsitzende und die AGS bereits festgestellt, dass die Vertretung der Arbeitnehmerschaft und die Interessen der kleinen und mittleren Betriebe in NRW eine strategische Allianz bilden könnten. +++ **Guntram Schneider** will in den Bundestag. Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in Nordrhein-Westfalen kandidiert bei der Bundestagswahl im kommenden Jahr für die SPD in Bielefeld. Schneider ist zum Direktkandidaten im Wahlkreis Bielefeld/Werther gewählt worden. Der 57-Jährige wird damit als Kandidat Nachfolger des SPD-Wirtschaftsexperten Reiner Wend, der den Wahlkreis bei den vergangenen drei Bundestagswahlen gewonnen hatte. Schneider hatte zuvor bereits angekündigt, auch bei einer Wahl in den Bundestag DGB-Landesvorsitzender zu bleiben. +++ **Daniel Ennever**, AGS-Vorstandsmitglied in Gelsenkirchen und Beauftragter für Ausbildungsfragen, will gemeinsam mit den Jusos und nach dem Vorbild der erfolgreichen Aktion der AGS im EN-Kreis im kommenden Frühjahr eine Ausbildungsbörse auch in Gelsenkirchen starten. +++ **Rainer Brinkmann**, Regionalgeschäftsführer der SPD in Ostwestfalen/Lippe, will gemeinsam mit dem AGS-Landesvorstand im Frühjahr 2009 zu einem vorbereitenden Informationstreffen aller interessierten Mittelständler einladen – Ziel ist die Gründung einer neuen „AGS OWL“.

## TERMINE

### Dienstag, 20. Januar 2009, 19 Uhr

Die AGS Dortmund und die Sparkasse Dortmund laden ein zur Veranstaltung „**Die Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf KMU**“, mit einem Referat von Norbert Wolf (Mitglied des Sparkassenvorstands) und anschließender Diskussion.  
Sparkasse Dortmund, Freistuhl 2, 44137 Dortmund

### Samstag, 28. März 2009, ab 10 Uhr

#### Landeskonzferenz der AGSNRW

Witten

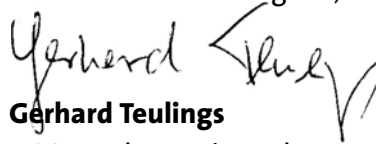
## HANELORE KRAFT

### RÜTTGERS HAT 2008 VERSAGT

**Die Vorsitzende der NRWSPD, Hannelore Kraft, kritisiert die Politik des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten 2008 scharf. Besonders in den Bereichen Bildung, Finanzen und bei der Nothilfe für Städte habe Jürgen Rüttgers versagt, sagte Kraft der WAZ und der Nachrichtenagentur ddp.**

„2008 war ein verlorenes Jahr für die Menschen in NRW. Der Ministerpräsident packt die Probleme nicht an. Er zeigt keinen Mut, er führt nicht.“ [...] Das größte Versagen des Ministerpräsidenten sieht Hannelore Kraft beim Thema kommunale Finanzen. „Seit 2005 hat das Land den nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden über 1,8 Mrd. Euro vorenthalten oder ihnen zusätzliche Last aufgebürdet.“ Zudem zwingt die Landesregierung die notleidenden Städte, sich kaputt zu sparen. Die dringenden Appelle auch von CDU-Kommunalpolitikern stießen bei Jürgen Rüttgers auf taube Ohren. „Es muss jetzt einen Rettungsschirm für Kommunen in Notlagen geben“, fordert die Vorsitzende der NRWSPD. <

Bis zur nächsten Ausgabe,



**Gerhard Teulings**

AGS-Landesvorsitzender